



# „Demographischer Wandel und die Förderung des Potenzials älterer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg“

Workshopdokumentation

## Teil I:

Aktuelle Situation und Trends der Bevölkerungsentwicklung in  
Baden-Württemberg – Was sind die Auswirkungen?

Lucy Bangali und Josef Schmid (Hrsg.)



***Eberhards Karls Universität Tübingen***

Institut für Politikwissenschaft

Melanchthonstraße 36

72074 Tübingen

[www.sowi.uni-tuebingen.de/wip/](http://www.sowi.uni-tuebingen.de/wip/)

**Ansprechpartner:**

**Lucy Bangali, M.A.**

Institut für Politikwissenschaft/

Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. (F.A.T.K.)

Haußerstraße 43

72076 Tübingen

Tel: 07071-29-78386

Fax: 07071 – 27467

[lucy.bangali@uni-tuebingen.de](mailto:lucy.bangali@uni-tuebingen.de)

[www.uni-tuebingen.de/fatk/](http://www.uni-tuebingen.de/fatk/)

*Das Projekt wird gefördert durch das Wirtschaftsministerium  
Baden-Württemberg aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds – Ziel 3*



**Baden-Württemberg**

WIRTSCHAFTSMINISTERIUM

## Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>1. DIE AKTUELLE SITUATION UND TRENDS DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG – WAS SIND DIE AUSWIRKUNGEN? .....</b>	<b>4</b>
<b>2. DEMOGRAPHISCHER WANDEL UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE RENTEN- VERSICHERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG .....</b>	<b>22</b>
<b>3. LEISTUNGSFÄHIGKEIT, MOTIVATION, GESUNDHEIT ERHALTEN UND FÖRDERN .....</b>	<b>41</b>
<b>4. BESCHÄFTIGUNGSREALITÄT UND –CHANCEN: WIE GESTALTEN WIR EINE ZUKUNFTSSICHERE ALTERNSGERECHTE ARBEITS- UND PERSONALPOLITIK? .....</b>	<b>55</b>
<b>5. ALTERSATLAS FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG: EIN INNOVATIVES INFORMATION- SYSTEM ZUR BEWÄLTIGUNG DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS – ZWISCHEN- ERGEBNISSE AUS DEM PROJEKT .....</b>	<b>77</b>
<b>6. AUSZUG AUS DEM ALTERSATLAS AM BEISPIEL DES THEMENBEREICHS ARBEITSMARKT .....</b>	<b>86</b>

## Einleitung

Das Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen veranstaltete am 22. November 2005 in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur e.V. den Abschlussworkshop zum Thema: „Demographischer Wandel und die Förderung des Potenzials älterer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg“.

Der Workshop gehört zu einer Reihe von Sensibilisierungsveranstaltungen im Rahmen des Projektes „Potenziale älterer Arbeitnehmer in Baden-Württemberg“, das vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Europäischer Sozialfond – Ziel 3) gefördert wird.

Das Projekt entstand aus der Notwendigkeit, ein erweitertes Problembewusstsein hinsichtlich der demographischen Veränderungen und ihrer Auswirkungen auf sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft zu schaffen, sowie Lösungsmöglichkeiten für die Potenzialförderung alternder Belegschaften zu entwickeln und umzusetzen. Um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können, ist die Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und Bildungsträgern erforderlich. Die erfolgreiche Kooperation bedarf jedoch wichtiger Informationen, damit die Akteure der Alterung von Arbeitnehmern in den Unternehmen adäquat begegnen können.

Die Veranstaltung vom 22. November 2005 nahm folgenden Verlauf: Zu Beginn wurden die Teilnehmer durch *Prof. Dr. Josef Schmid*, Leiter des Projektes, begrüßt.

Der erste Vortrag wurde von *Herrn Ivar Cornelius* – Referatsleiter für Bevölkerungsstand und -bewegung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg – zum Thema „*Die aktuelle Situation und Trends der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Was sind die Auswirkungen?*“ gehalten. In seinem Vortrag vergegenwärtigte er die vergangene und zukünftige demographische Entwicklung in Baden-Württemberg. Dabei wurde deutlich, dass nicht nur die Entwicklung der Bevölkerungszahlen, sondern insbesondere die der Altersstruktur von Interesse ist. Bei der Betrachtung des Alterungsprozesses sind darüber hinaus regionale Unterschiede von Bedeutung, da ein deutliches Stadt-Land-Gefälle zu beobachten ist. In einem zweiten Teil referierte Herr Cornelius über die möglichen Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung für den Arbeitsmarkt, insbesondere die Erwerbsbevölkerung, aber auch auf den Schulbereich, auf ökonomische Größen wie Konsumstrukturen oder auf Bereiche des Gesundheitswesens.

*Herr Stefan Schinkel* – Referent der Grundsatzabteilung der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg – ging in seinem Vortrag „*Demographischer Wandel und die Herausforderungen für die Rentenversicherung in Baden-Württemberg*“ auf die Funktionsweise der Rentenversicherung in Deutschland, auf die aktuellen Probleme und verschiedene Lösungs-

möglichkeiten, ein. Er befasste sich mit den Auswirkungen der Wirtschaftslage (hohe Arbeitslosigkeit) und der demographischen Veränderungen auf das Rentenversicherungssystem. Der Rückgang der Beitragszahler durch den demographischen Wandel, aber auch lange Ausbildungszeiten und weit verbreitete Maßnahmen der Frühverrentung führten zu einem Finanzierungsproblem der Rentenversicherung. Mögliche Lösungsansätze liegen in einem Systemwechsel, der jedoch kaum finanzierbar zu sein scheint, oder aber in sukzessiven Änderungen, wie der Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder der Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze.

In dem Beitrag *„Leistungsfähigkeit, Motivation, Gesundheit erhalten und fördern“* von *Herrn Eckhard Sültemeyer* – aus dem Bereich Management- und Gesundheitsberatung, Coaching und Mediation – wurden Ansätze zur Förderung des Potenzials älterer Arbeitnehmer vorgestellt. Der Referent ging insbesondere auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Gesundheitsvorsorge für Mitarbeiter ein. Dabei standen die ganzheitlichen Aspekte der Gesundheitsförderung im Vordergrund.

Zu dem Thema *„Beschäftigungsrealität und –chancen: Wie gestalten wir eine zukunftssichere altersgerechte Arbeits- und Wirtschaftspolitik?“* referierte *Herr Alexander Schletz* vom Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, MT Entwicklungsförderliche Organisationsgestaltung. In diesem Beitrag wurde zunächst theoretisch die Beschäftigungsrealität in ihrer Komplexität und mit ihren Problematiken vorgestellt und in einem zweiten Teil anhand eines Praxisbeispiels, des Unternehmens Fahrion Engineering GmbH, verdeutlicht.

In dem Vortrag *„Altersatlas für Baden-Württemberg: Fakten und Empfehlungen für Unternehmen, Bildungsträger und Beschäftigte“* von *Lucy Bangali* – Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen – wurde das Internetportal des Projektes *„Ältere Arbeitnehmer in Baden-Württemberg“* vorgestellt. Der *„Altersatlas für Baden-Württemberg“* ist eine geographisch definierte Landkarte mit übersichtlichen Schaubildern, die wichtige Daten über die Bevölkerungsentwicklung sowie über die Arbeitsmarkt-, Renten-, Weiterbildungs- und Gesundheitsdaten von Erwerbspersonen ab 45 Jahre veranschaulicht.

Zur Einleitung in die Diskussion referierte *Prof. Dr. Josef Schmid*, Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität. In seinem Beitrag *„Auszug aus dem Altersatlas am Beispiel des Themenbereichs Arbeitsmarkt“* ging er auf das arbeitsmarktpolitische Konzept *„Employability“* näher ein, stellte besondere Merkmale des Arbeitsmarktes in den Regionen Baden-Württembergs vor und entwickelte Handlungsempfehlungen zum Themenbereich Arbeitsmarkt.

Im Anschluss daran wurden die Workshopteilnehmer aufgefordert, an einer offenen Diskussion teilzunehmen. Ziel der Diskussion war es, herauszuarbeiten wie Unternehmen durch ein ganzheitliches Führungskonzept, Gesundheitsmanagement, alter(n)sgerechte Arbeitsorganisation und Qualifizierung die Leistung und Motivation ihrer Mitarbeiter erhalten bzw. erhöhen können. Ein weiterer Diskussionspunkt lag in der Frage, inwieweit die Sensibilisierung der Unternehmen für das Thema „Demographischer Wandel“ möglich ist und in dem Zusammenhang, wie der Bestand und die Funktionalität des Informationsportals [www.aelterearbeitnehmer.de](http://www.aelterearbeitnehmer.de) weiterhin gewährleistet werden könnte.

Wir danken den Referenten und den Workshop-Teilnehmern für ihre Beiträge und ihre rege Mitwirkung. Für die Mitarbeit an der Konzeption, der Durchführung, der Organisation, der Auswertung und der Dokumentation des Workshops seitens der Eberhard Karls Universität und des Forschungsinstituts für Arbeit, Technik und Kultur e.V. (F.A.T.K.) sei Frau Almut Peukert gedankt.

# **1. Die aktuelle Situation und Trends der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Was sind die Auswirkungen?**

**Ivar Cornelius, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg**

Für Deutschland ebenso wie für das Land Baden-Württemberg hat zu Beginn des neuen Jahrhunderts auch aus demographischer Sicht ein historisch neuer Zeitabschnitt begonnen. Erstmals seit Bestehen des Landes leben hier mehr ältere als jüngere Menschen. In Baden-Württemberg lag zum Jahresende 2000 der Bevölkerungsanteil der 60-Jährigen und Älteren mit 23% über dem Anteil der nachwachsenden Generation – den unter 20-Jährigen – von 22%. Dieses ist nur der Anfang einer Entwicklung, die uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten in vielen Gesellschaftsbereichen vor neue Herausforderungen stellen wird, und dies auf allen regionalen Ebenen.

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen und –strukturen reicht mit ihren Auswirkungen in viele gesellschaftspolitische Handlungsfelder hinein. Häufig werden diese Auswirkungen erst allmählich sicht- und spürbar. In diesem Moment sind jedoch die zu Grunde liegenden demographischen Vorgänge nicht mehr kurzfristig aufzuhalten oder umzukehren, weil es sich hier um langfristig wirksame Prozesse handelt. Deshalb ist auch für die heutigen Planungs- und Gestaltungsaufgaben unerlässlich, sich rechtzeitig auf die sich abzeichnenden Veränderungen einzustellen – auch wenn das Jahr 2030 oder gar 2050 in weiter Ferne liegt. Wesentliche Informationsgrundlagen hierzu liefern die Ergebnisse von Voraussrechnungen der amtlichen Statistik zur künftigen Bevölkerungsentwicklung.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen Voraussrechnungen vorgestellt und dann anhand einiger Beispiele gezeigt, welche Tragweite die künftige Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Gesellschaftsbereichen haben kann. Diese Beispiele beziehen sich zunächst auf die Landesebene, um die inhaltlichen Dimensionen zu verdeutlichen. Es sei jedoch bereits hier angemerkt, dass diese erwarteten demographischen Prozesse kleinräumig recht differenziert ausfallen können.

## **Ein kurzer Rückblick auf die vergangenen fünf Jahrzehnte**

Die Einwohnerzahl des Landes ist seit seiner Gründung von rund 6,6 Mill. Menschen auf heute etwa 10,7 Mill. angestiegen. Das entspricht einer Zunahme von gut 60%. Kein anderes Land Deutschlands hat eine derart dynamische Bevölkerungsentwicklung erlebt. Mit weitem Abstand folgt Hessen, dessen Einwohnerzahl in den vergangenen 50 Jahren um rund 40% angestiegen ist. Auch seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist das Land bei der Bevölke-

rungsentwicklung Spitzenreiter vor Bayern, während Thüringen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und ganz besonders Sachsen-Anhalt an Bevölkerung verloren haben.

In Baden-Württemberg entfielen auf die Nettozuwanderungen etwas mehr als zwei Drittel des Bevölkerungswachstums, das übrige knappe Drittel auf Geburtenüberschüsse. Somit stellten in der Vergangenheit die Wanderungsbewegungen den „Hauptantrieb“ für die Aufwärtsentwicklung der Einwohnerzahl dar. Seit 1952 erlebte das Land zusammen genommen knapp 14,5 Mill. Zuzüge über die Landesgrenzen, rund 11,5 Mill. Menschen wanderten aus Baden-Württemberg ab. Daraus ergab sich per saldo ein Wanderungsgewinn von insgesamt 3,0 Mill. Menschen seit Bestehen des Landes.

Da die zuwandernden Personen i.d.R. jünger sind als diejenigen, die fortziehen, bewirken die Nettozuwanderungen einen gewissen, wenn auch begrenzten „Verjüngungseffekt“. Dennoch haben die Zuwanderungen nicht verhindern können, dass in den vergangenen fünf Jahrzehnten schon die baden-württembergische Bevölkerung deutlich „gealtert“ ist. Bei Gründung des Landes wies seine Bevölkerung einen Anteil an unter 20-Jährigen von rund 31% auf, der Anteil der 60-Jährigen und Älteren lag bei knapp 14 %. Heute ist die nachwachsende Generation – wie eingangs erwähnt – zu etwa 22% in der Gesamtbevölkerung vertreten, die Älteren zu rund 23%.

### **Eine Vorschau auf die künftige demographische Entwicklung**

Für die Zukunft gehen wir davon aus, dass im Lande das gegenwärtig niedrige Geburtenniveau von rund 136 Kindern je 100 Frauen auch weiterhin bestehen bleibt. Den Annahmen zur künftigen Sterblichkeitsentwicklung liegt ein weiterer Rückgang bis zum Jahr 2050 zu Grunde, der zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von rund 83 Jahren bei den neugeborenen Knaben und von fast 87 Jahren bei den neugeborenen Mädchen führen wird. Das wären etwa fünf bis sechs Jahre mehr als heute. Die auch zukünftig erwarteten Wanderungsgewinne bewegen sich bei den nachfolgend dargestellten Voraussrechnungsergebnissen für das Land in einer Größenordnung von durchschnittlich etwa 38 000 Personen pro Jahr.

An dieser Stelle muss auch auf die Möglichkeiten und Grenzen von demographischen Voraussrechnungen hingewiesen werden. Es handelt sich dabei nicht um „Vorhersagen“, die eine punktgenaue Voraussrechnung künftiger Ereignisse im Blick haben. Bevölkerungsvoraussrechnungen können nur Gültigkeit unter den ihnen zu Grunde gelegten Annahmen beanspruchen, sie stellen daher in ihren Aussagen „Wenn – Dann“- Beziehungen dar. Die ihnen zwangsläufig anhaftende Unsicherheit versucht man in der Regel durch Formulierung unterschiedlicher Rechenvarianten (z.B. mehrere Varianten zu den Annahmen über die künftigen Wanderungs-

ströme) einzugrenzen. Diese Varianten bilden einen Korridor, innerhalb dessen sich die Entwicklungen mit einer aus heutiger Sicht größeren Wahrscheinlichkeit bewegen, als Entwicklungen außerhalb dieses Korridors.

#### *Auf längere Sicht leicht rückläufige Einwohnerzahlen*

Aus heutiger Sicht wird in den kommenden zwanzig Jahren die Einwohnerzahl des Landes noch leicht ansteigen. Bei Annahmen von jahresdurchschnittlichen Wanderungsgewinnen in Höhe von 38 000 Personen würde das Land um das Jahre 2025 knapp 11,2 Mill. Einwohner aufweisen gegenüber rund 10,72 Mill. zum Jahresanfang 2005 (+ 4,2%). Danach jedoch ist mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl zu rechnen. Um 2050 hätte das Land aber immer noch etwa 1% Einwohner mehr als heute (vgl. Folie 5). Ein stärkerer Anstieg würde eintreten, wenn das jährliche Wanderungsplus künftig 50 000 Personen betragen würde. Diese Entwicklungen ergeben sich daraus, dass die angenommenen Wanderungsgewinne über lange Zeit noch das Minus in der Bilanz aus Geburten und Sterbefällen mehr als ausgleichen.

#### *Regionale Unterschiede im Bevölkerungswachstum bis 2020*

Nach unseren jüngst aktualisierten Regionalvorausrechnungen ergeben sich in diesem und im kommenden Jahrzehnt in allen Stadt- und Landkreisen Bevölkerungszuwächse. Sie verteilen sich allerdings regional recht unterschiedlich. Landesweit kann mit einem Bevölkerungszuwachs von etwa 400 000 Personen bis 2020 gegenüber dem Jahresende 2004 gerechnet werden (+ 3,7%). Bezogen auf die Kreisebene erwarten wir die höchsten Zuwächse bis 2020 in der Stadt Freiburg (+ 7%) sowie in den Landkreisen Heilbronn, Konstanz und Biberach (jeweils rund 6%). Am Ende der Rangskala finden sich die Landkreise Main-Tauber, Zollernalb und Heidenheim sowie die Stadtkreise Mannheim, Pforzheim und Heilbronn mit Bevölkerungszunahmen zwischen 0,3% und 1,5%. Generell gilt auch hier: das Bevölkerungswachstum steht und fällt mit der Entwicklung der Zu- und Fortzüge.

#### *Gravierende Verschiebungen in der Altersstruktur*

Von weitaus größerer Tragweite als die zu erwartende Entwicklung der Einwohnerzahl sind jedoch die gravierenden Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung einzuschätzen. Hier zeigen die Voraussrechnungsergebnisse folgende Einsichten. Der Anteil der nachwachsenden Generation sinkt allmählich von heute rund 22 % auf etwa 19 % um das Jahr 2010 (vgl. Folie 7). Langfristig ist jedoch zu erwarten, dass die unter 20-Jährigen im Jahre 2050 nur 16 % der Landesbevölkerung stellen. In einer gegenläufigen Entwicklung dürfte der Anteil der älteren und alten Menschen bereits bis zum Jahre 2010 auf 24 % ansteigen (gegenwärtig knapp 23 %). Auf lange Sicht wäre um das Jahr 2050 mehr als jeder dritte Baden-

Württemberg 60 Jahre oder älter (36 %). Damit wären aus heutiger Sicht ab 2030 die unter 20-Jährigen nur noch halb so stark in der Bevölkerung vertreten wie die 60-Jährigen und Älteren.

Die Bevölkerungsgruppe, die im Wesentlichen das Erwerbspersonenangebot bildet – die 20-bis unter 60-Jährigen – wird aus heutiger Sicht in den kommenden zwei Jahrzehnten ihren Bevölkerungsanteil von rund 55 % halten. Danach ist allerdings auch hier mit einer Abnahme zu rechnen, und zwar auf 47% bis 48 % um die Jahre 2040/2050.

Insgesamt gesehen würde „Alterung“ der Landesbevölkerung in den kommenden fünf Jahrzehnten noch deutlich stärker ausfallen, als die Veränderung der Altersstruktur in den vergangenen 50 Jahren. So stieg das durchschnittliche Alter der Baden-Württemberger seit 1950 von 34 Jahren auf etwa 40 Jahre Ende 2000 (+ 6 Jahre). Um das Jahr 2050 läge dieses Alter mit fast 49 Jahren sogar 9 Jahre höher als zur Jahrhundertwende. Aktuell (Ende 2004) liegt das Durchschnittsalter bei 41,1 Jahren.

Diese Entwicklungslinien des demographischen Alterungsprozesses sind bereits heute vorprogrammiert, weil insbesondere nach 2020 die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren in das Seniorenalter hineinwachsen. Auf der anderen Seite ist auf Grund des seit Mitte der 70er Jahre anhaltend niedrigen Geburtenniveaus zu erwarten, dass es künftig im Lande deutlich weniger potenzielle Mütter und Väter geben wird als heute. Somit dürfte in den nächsten Jahrzehnten – falls das heutige generative Verhalten fortbesteht – die Basis des Altersaufbaus der baden-württembergischen Bevölkerung immer schmaler werden, wie ein Blick auf den künftig zu erwartenden Altersaufbau zeigt.

#### *Überproportionaler Anstieg der Zahl alter und hochbetagter Menschen*

Eine besonders wichtige Entwicklung betrifft den überproportional starken Anstieg der Zahl alter und hochbetagter Menschen. Die Gesamtgruppe der 60-Jährigen und Älteren wird schon in den nächsten 15 Jahren (bis 2020) voraussichtlich um rund 30% anwachsen – von fast 2,4 Mill. Personen heute auf 3,1 Mill. um das Jahr 2020. Bis 2050 würde es sogar nahezu 60% mehr ältere und alte Menschen im Lande geben als gegenwärtig – nämlich insgesamt 3,9 Mill. Personen.

Innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen bahnen sich jedoch ebenfalls große Gewichtsverschiebungen an. So ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Hochbetagten – der 85-Jährigen und Älteren – bereits in den kommenden 15 Jahren um rund 75% ansteigen wird (von 180 000 Personen auf knapp 314 000). Langfristig würde sich ihre Zahl mit etwa 723 000 Hochbetagten im Jahre 2050 in etwa vervierfachen. Dieser Entwicklung kommt im Hinblick auf das hohe Pflegerisiko in dieser Altersgruppe besondere Bedeutung zu. Auf der anderen Seite wird

die Zahl der unter 20-Jährigen künftig kontinuierlich zurückgehen. Wir werden es also in Zukunft mit einer sich deutlich öffnenden Scherenbewegung zwischen „Jung“ und „Alt“ zu tun haben.

#### *Regionale Unterschiede des künftigen Alterungsprozesses*

Bei der Altersstruktur gibt es bereits heute ein sichtbares Stadt-Land-Gefälle: Der Anteil der Älteren ist in den größeren Städten bzw. in den Verdichtungsräumen und Verdichtungsbereichen höher als in kleinen Gemeinden bzw. im Ländlichen Raum. Umgekehrt verhält es sich beim Anteil der jüngeren Bevölkerung.

Regional sehr unterschiedlich wird die Alterung der Bevölkerung auch künftig verlaufen. Hierzu als Beispiel die Entwicklung bei den 85-Jährigen und Älteren. Landesweit erwarten wir einen Zuwachs der Zahl 85-jähriger und Älterer bis zum Jahr 2020 um rund 75%. Im Landkreis Böblingen – zusammen mit dem LKR Tübingen dem Kreis mit dem z.Z. niedrigsten Anteil älterer Menschen insgesamt - dürfte sich die Zahl der Menschen in diesem Alter um etwa 92% erhöhen, in den Landkreisen Karlsruhe, Heilbronn, Sigmaringen und Neckar-Odenwald ergäbe sich sogar in etwa eine Verdoppelung. Dagegen wäre im Stadtkreis Baden-Baden, der heute schon den mit Abstand höchsten Anteil an älteren Menschen besitzt, der Anstieg ihrer Anzahl mit etwa 47% bis 2020 nur noch relativ niedrig.

Zusammenfassend bleibt – etwas verallgemeinernd - festzuhalten, dass gerade in Kreisen mit heute noch relativ niedrigen Zahlen älterer und alter Menschen der prozentuale Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe tendenziell überdurchschnittlich stark ausfallen wird. Deshalb müssen Teilräume des Landes, die bislang aufgrund ihrer jungen Altersstruktur z.B. relativ wenige Einrichtungen der Altenhilfe benötigt haben, künftig mit einem starken Anstieg des Bedarfs in diesem Bereich rechnen.

#### **Mögliche Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung – ausgewählte Beispiele**

Soweit die wichtigsten Informationsgrundlagen aus unseren Bevölkerungsvorausrechnungen für die Landesebene. Kommen wir nun zu einigen Beispielen, wie man diese Informationen nutzen kann, um Auswirkungen der demographischen Entwicklung zumindest skizzieren zu können.

#### *Auch die Erwerbsbevölkerung „altert“*

Der künftige Alterungsprozess kommt nicht nur in einer steigenden Zahl älterer und alter Menschen zum Ausdruck. Er findet auch in der Bevölkerungsgruppe statt, die im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre) steht. Der „Erneuerungsindex“ der Erwerbsbevölkerung -

so wird das zahlenmäßige Verhältnis von „jüngeren“ zu den „älteren“ Erwerbspersonen genannt - zeigt, dass Ende 2000 noch die Zahl der „Jüngeren“ (20- bis 39jährige) in der Erwerbsbevölkerung die der „Älteren“ (40- bis 59jährige) um etwa 12 % überstieg. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden jedoch schwächer besetzte Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter hineinwachsen, während sich noch relativ starke Jahrgänge von 40jährigen und Älteren im Erwerbsleben befinden. Daher werden in Zukunft stets mehr „Ältere“ als „Jüngere“ in der erwerbsfähigen Bevölkerung vorhanden sein. Die Zäsur ist bereits Anfang 2005 eintreten.

So wären hier im Jahr 2010 knapp ein Fünftel weniger „jüngere“ Menschen als „ältere“ vertreten sein werden. In den Folgejahren fällt dieses Verhältnis nur wenig günstiger aus, es bleibt bei dem oben angesprochenen strukturellen Problem einer beträchtlich „gealterten“ Erwerbsbevölkerung.

In diesem Zusammenhang wird häufig die These genannt, dass junge Erwachsene in der Regel innovationsfreudiger und innovationsfähiger seien als ältere. Dies sei besonders in der aktuelleren beruflichen Erstausbildung der jüngeren sowie ihrer höheren Mobilität und Flexibilität begründet. Dagegen verfügten ältere Erwerbspersonen allerdings über einen deutlich größeren beruflichen und sozialen Erfahrungsschatz. Deshalb spreche einiges dafür – so die These weiter - , dass eine gleichmäßigere Altersstruktur mit einem entsprechend hohem Anteil Jüngerer günstigere Voraussetzungen dafür bietet, um in Zukunft die zu erwartenden Herausforderungen auf wirtschaftlichem, technischem und gesellschaftlichem Gebiet zu bestehen.

Ohne das Für und Wider dieser These im Einzelnen diskutieren zu können, lässt sich aus den künftig zu erwartenden Altersstrukturen der Schluss ziehen, dass Innovationen und die Bewältigung des technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels in Zukunft mehr als bisher von den Älteren – auch innerhalb der Erwerbsbevölkerung – getragen werden müssen. Insofern werden das Lernen im Beruf, die berufliche Fortbildung sowie Um- und Neuqualifizierungen auch im höheren Erwerbsalter eine noch stärkere Bedeutung erhalten als bislang.

#### *Schulabschlüsse im Generationenvergleich*

Die jüngere Generation in Baden-Württemberg verfügt heute im Durchschnitt über ein wesentlich höheres formales Schulbildungsniveau als ihre Eltern und Großeltern. So ist bei den 20- bis unter 30-Jährigen das Abitur einschließlich Fachhochschulreife der am häufigsten anzutreffende allgemein bildende Schulabschluss: Rund 37 % der jungen Männer und sogar 39% der jungen Frauen weisen heute die Hochschulreife auf. Demgegenüber haben bei den 60- bis unter 70-Jährigen lediglich knapp 19% der Männer und fast 9% der Frauen den höhe-

ren Schulabschluss. Hier dominiert sehr deutlich der Volks- bzw. Hauptschulabschluss. Rund 67% der 60- bis unter 70-Jährigen Männer beendeten die allgemein bildende Schule mit einem Hauptschulabschluss, bei den gleichaltrigen Frauen waren rund 70%.

Zugleich zeigt sich, dass durch die Bildungsexpansion in den 60er- und 70er-Jahren insbesondere die Frauen profitiert haben. Heute verlassen regelmäßig mehr Mädchen als Jungen die allgemein bildenden Schulen mit einem Hochschulabschluss, während mehr Jungen als Mädchen die Schule mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss beenden.

### *Struktur der Erwerbsbevölkerung*

Angesichts der Perspektive, dass Zahl und Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter kontinuierlich zurückgehen, wird eine zentrale Frage sein, wie wir das vorhandene Erwerbspotenzial besser ausschöpfen können – auch im Hinblick auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer. Heute haben wir im internationalen Vergleich folgende Situation:

43% der 55- bis 64-Jährigen sind in Deutschland noch erwerbstätig, während der Anteil bei den OECD-Ländern insgesamt bei fast 53%, in den USA sogar bei 62% liegt.

Bemerkenswert ist, dass Länder wie Schweden, Norwegen oder die Schweiz mit vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquoten eine hohe Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen aufweisen. In der Schweiz sind noch rund zwei Drittel dieser Altersgruppe erwerbstätig, in Schweden sogar über 70 %.

### *Zunehmende Belastungen der erwerbsfähigen Generation*

Ein zweites Beispiel, das die Auswirkungen der absehbaren Altersstrukturverschiebungen in einem sehr weit reichenden und grundlegenden Gesellschaftsbereich offen legt, betrifft das Verhältnis der drei Generationen zueinander:

- der Generation im noch nicht erwerbsfähigen Alter (unter 20 Jahre)
- der Generation im nicht mehr erwerbsfähigen Alter (60 Jahre und älter)
- der Generation im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 60 Jahre)

Diese drei Bevölkerungsgruppen bilden den „Drei-Generationen-Verbund“, dem die Idee unseres gegenwärtigen Alterssicherungssystems noch weitestgehend zu Grunde liegt; nämlich dass die mittlere, erwerbsfähige Generation „belastet“ ist mit kollektiven Unterhaltsverpflichtungen gegenüber der nachwachsenden Generation und der nicht mehr erwerbsfähigen Generation. Setzt man diese Zusammenhänge in bevölkerungsstatistische Größen um, so lässt sich die (demographische) „Belastung“ der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch die nicht mehr Erwerbstätigen anhand des Altenquotienten demonstrieren, die „Belastung“ durch die noch nicht Erwerbstätigen anhand des Jugendquotienten.

Während heute 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 42 ältere und alte Menschen gegenüberstehen, dürften es um 2020 schon 51 und um 2050 sogar 77 Personen im nicht mehr erwerbsfähigen Alter sein. Damit würde sich der „Altenquotient“ in den kommenden fünf Jahrzehnten nicht ganz verdoppeln. Rechnet man hinzu, dass die Erwerbspersonen auch die nachwachsende Generation ökonomisch unterhalten müssen, so zeigt sich folgendes Bild: Heute kommen auf 100 Erwerbspersonen insgesamt rund 82 Nichterwerbspersonen – junge und alte. Bis zum Jahr 2030 würde dieses Zahlenverhältnis auf rund 104 Personen im nicht-erwerbsfähigen Alter je 100 Erwerbspersonen ansteigen und in der Folgezeit bis 2050 sogar auf etwa 111 ansteigen. Damit führen die Veränderungen der Altersstruktur dazu, dass langfristig die „zu unterhaltenden“ Bevölkerungsgruppen die Zahl der Erwerbspersonen um 11% übersteigen.

Zwar handelt es sich bei diesen Daten um rein bevölkerungsstatistische Angaben und nicht um ökonomische Größen, die man bräuchte, um etwa die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf den Bereich der Altersversorgung zu untersuchen. Aber auch diese demographische Sichtweise weist sehr deutlich auf den Trend zu einer wachsenden Belastung der künftigen Erwerbsbevölkerung hin, wenn es bei dem heutigen Alterssicherungssystem bleibt.

#### *Wachsende Anforderungen durch steigende Zahlen von Pflegebedürftigen*

Eine sehr tief greifende Konsequenz der absehbaren demographischen Veränderungen – dieser Aspekt als drittes Beispiel - betrifft den Bereich der Pflegebedürftigkeit und die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. Wenn, wie zurzeit, auch künftig rund 40 % der 85-Jährigen und Älteren pflegebedürftig sind, so ist dies bereits ein deutlicher Hinweis, dass in Zukunft besondere Anforderungen an die Pflegeleistungen der Familien und an die gesellschaftlichen Netzwerke der Altenhilfe und –betreuung zukommen.

Bestehen die heutigen Risiken, im Alter pflegebedürftig zu werden, auch künftig in dieser Quantität weiter, so würde sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 und mehr Jahren in den nächsten vier bis fünf Jahrzehnten fast verdoppeln. Heute gibt es knapp 180 000 Pflegebedürftige in diesem Altersbereich, die zu Hause oder in einer Einrichtung gepflegt wurden. Schon in wenigen Jahren – bis etwa 2010 – würde diese Zahl auf rund 240 000 ansteigen, um das Jahr 2040 könnte sie aus heutiger Sicht bei etwa 390 000 älteren und alten Menschen liegen.

Weitere Herausforderungen an den Pflegebereich sind darüber hinaus auch aus der künftigen Entwicklung der Haushalts- und Familienstrukturen zu erwarten. Die Betreuung und Pflege alter Menschen erfolgt heute noch hauptsächlich in ihren eigenen vier Wänden – in aller Regel durch (Familien-)Angehörige. Aber auf Grund der Entwicklung der Familienstrukturen

bzw. der Formen des Zusammenlebens ist absehbar, dass die Verwandtschaftsnetze der alten Menschen von morgen deutlich kleiner sein werden, als dies bei früheren Generationen der Fall war. Sie werden im Bedarfsfall weniger Unterstützungsleistungen aus dem unmittelbaren Familienkreis erwarten können. Somit müssen in Zukunft mehr als bisher familiäre Pflegeleistungen auf außerfamiliäre Einrichtungen übertragen werden.

### **Schlussbemerkung**

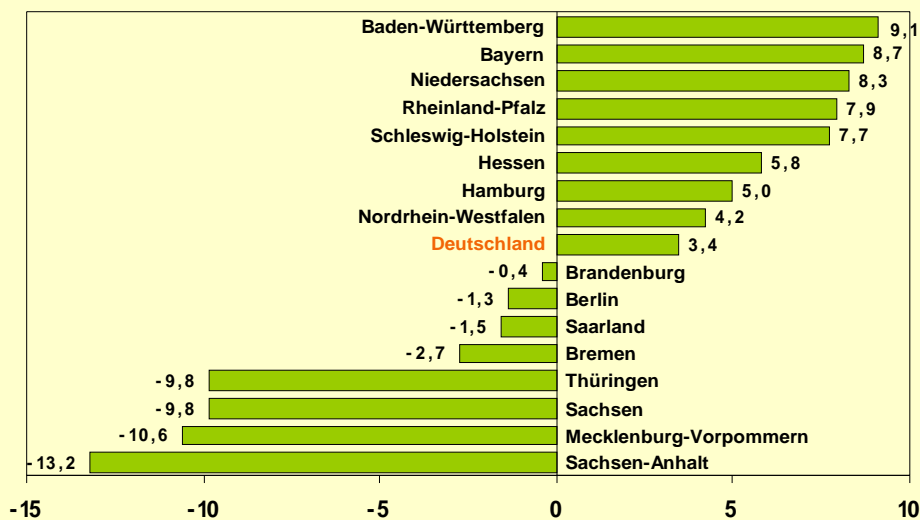
Die genannten Beispiele zu den künftig demographisch zumindest mitverursachten Herausforderungen an Land, Kreise und Gemeinden – letztlich an unsere Gesellschaft insgesamt – stellen nur einen Ausschnitt der Themenpunkte dar, die in diesem Zusammenhang zu nennen wären. Dazu gehören die demographischen Auswirkungen auf den Schulbereich, den Arbeitsmarkt, auf ökonomische Größen wie Konsumstrukturen und die Gemeindefinanzen oder auf andere Zweige des Sozial- und Gesundheitswesens, etwa der Jugendhilfe und den Berufen des Gesundheitswesens. Ein weiterer Fragenkreis bezieht auf die Art und Weise des Umgangs und des Zusammenlebens der Generationen miteinander. So ist heute kaum abzuschätzen, was es bedeutet, wenn in drei, vier Jahrzehnten die nachwachsende Generation nur noch halb so stark in der Bevölkerung vertreten ist wie ältere Generation.

In diesem Zusammenhang ist ebenso daran zu denken, dass sich die „Alten von morgen“ im Ausbildungsstand deutlich von den „heutigen Alten“ unterscheiden. Aufgrund der gegenwärtigen Bildungsstrukturen lässt sich absehen, dass rund ein Drittel der 65- bis unter 70-Jährigen des Jahres 2040 schulisch die Hochschulreife erlangt und jeder Sechste bis Siebente ein Hochschulstudium abgeschlossen haben wird. Unter den Gleichaltrigen von heute weist nur etwa ein Zehntel den höheren Schulabschluss auf, jeder 17. einen Universitätsabschluss. An dieser Entwicklung werden Frauen maßgeblich beteiligt sein. Die heute 65- bis unter 70-jährigen Frauen besitzen zu rund 5% das Abitur, in ihrer Enkelgeneration – den älteren Frauen um das Jahr 2040 – dürfte dieser Anteil sechsmal höher sein (rund 30%). Der Anteil unter den älteren Frauen von morgen mit einem Hochschulabschluss würde sich – schreibt man die gegenwärtigen Verhältnisse fort – vervierfachen und läge künftig bei rund 13%.

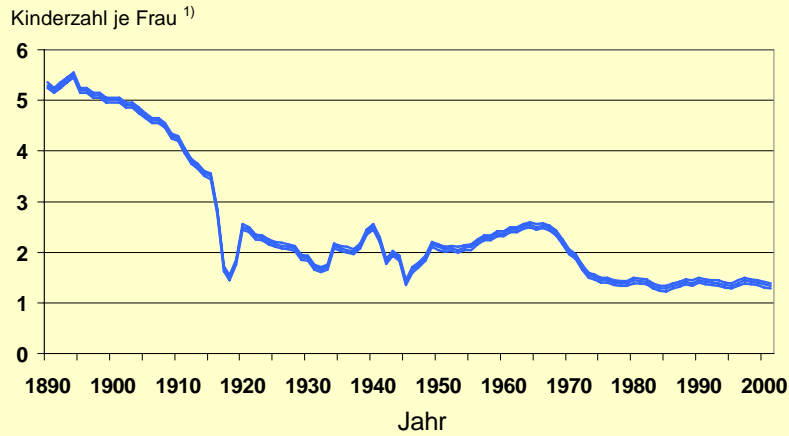
Bislang hat unsere Gesellschaft den vielfältigen Strukturwandel als allmählichen Prozess mit einzelnen Phasen rascherer, aber auch langsamerer Veränderungen erlebt. Auch künftig dürfte ein fortschreitender Wandel der Gesellschaftsstrukturen kein plötzlich auftretendes Ereignis sein. Dennoch ist es wichtig, sich angesichts der Langfristwirkungen demographischer Vorgänge rechtzeitig auf derartige Veränderungen einzustellen.

## Die aktuelle Situation und Trends der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Was sind die Auswirkungen?

### Bevölkerungszu- und -abnahme in den Ländern Deutschlands 31.12.1990 bis 31.12. 2004<sup>\*)</sup>



## Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau im Deutschen Reich und im früheren Bundesgebiet 1890 bis 2001

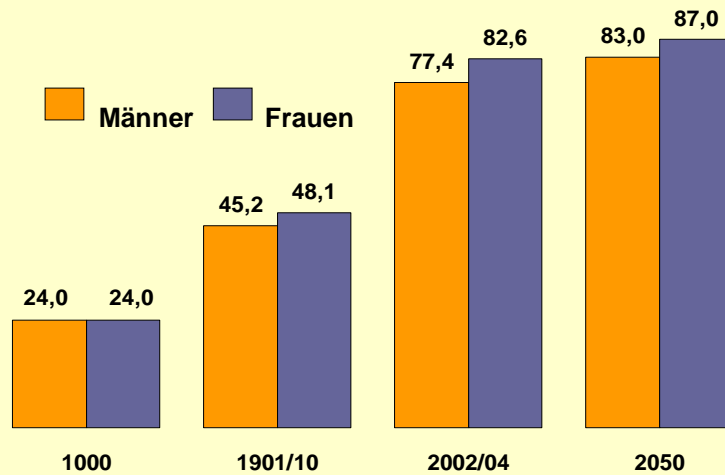


Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

<sup>1)</sup> Zusammengefasste Geburtenziffern  
(Summe der altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten je Kalenderjahr).

Folie 3

## Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt in Baden-Württemberg seit Beginn des 2. Jahrtausends mit Prognose für das Jahr 2050<sup>\*)</sup> in Jahren

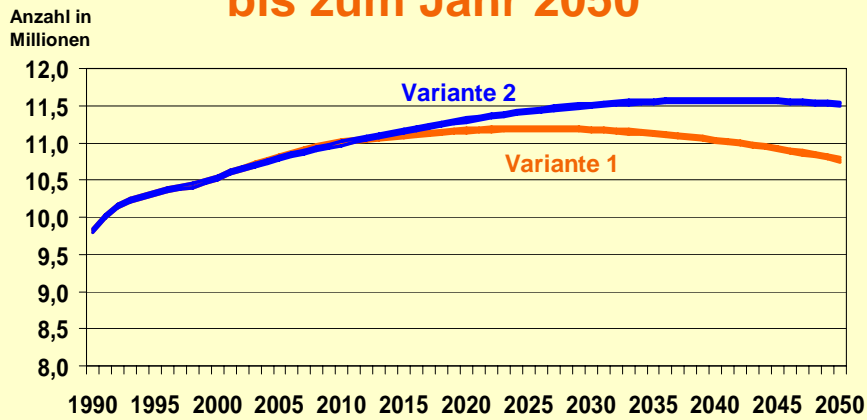


Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

<sup>\*)</sup> 1000 und 2050 Schätzung, 1901/1910 Sterbetafel für Württemberg, danach heutiges Baden-Württemberg.

Folie 4

## Künftige Entwicklung der Bevölkerung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050<sup>\*)</sup>

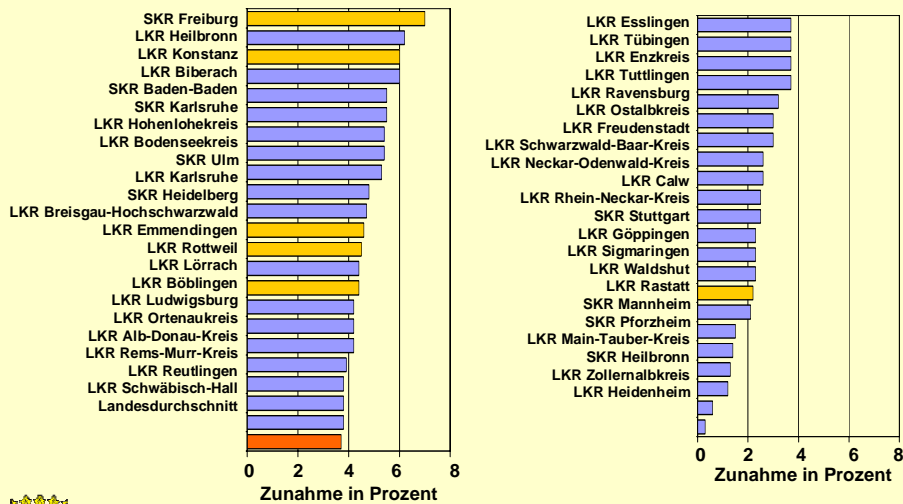


Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

<sup>\*)</sup> Ab 2002 Ergebnisse der Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr; Variante 2: höhere Zuwanderungen mit Wanderungssalden von jährlich + 50 000 Personen).

Folie 5

## Entwicklung der Einwohnerzahl in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2004 bis 2020



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 6

## Künftige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2050 nach ausgewählten Altersgruppen<sup>\*)</sup>

Jahr	Bevölkerung insgesamt in 1000	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			Durchschnittsalter in Jahren
		unter 20	20 - 60	60 und mehr	
		in %			
1998	10 426	22	56	21	39,8
2000	10 524	22	55	23	40,2
2005	10 809	21	55	23	41,2
2010	11 007	19	55	24	42,3
2015	11 101	18	55	25	43,4
2020	11 165	18	54	27	44,3
2025	11 193	17	51	30	45,2
2030	11 177	17	49	33	46,0
2040	11 037	16	48	34	47,6
2050	10 772	16	47	36	48,6

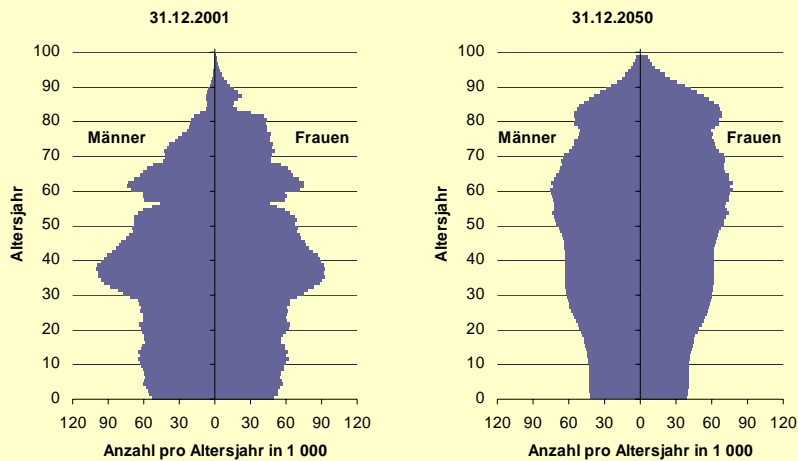


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

<sup>\*)</sup> Bis 2000 Ist-Werte, danach Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr).

Folie 7

## Altersgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg<sup>\*)</sup>

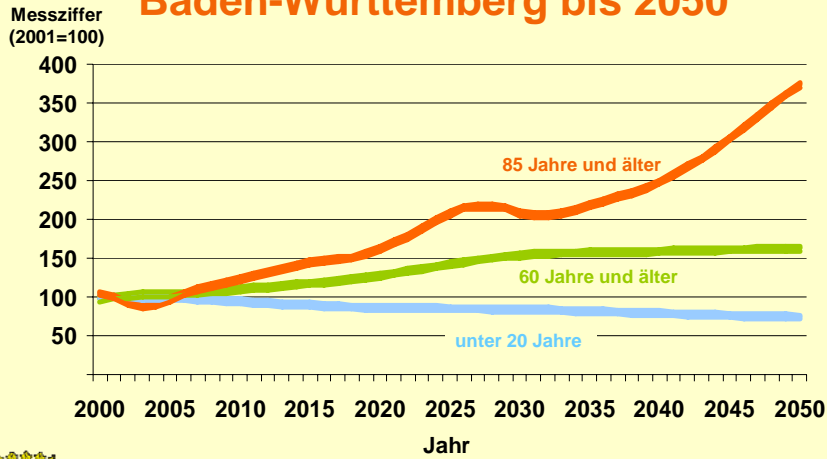


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

<sup>\*)</sup> 31.12.2001 Ist-Werte, 31.12.2050 Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001

Folie 8

## Künftige Entwicklung der Zahl der unter 20-jährigen, der 60-jährigen und Älteren sowie der Hochbetagten in Baden-Württemberg bis 2050<sup>\*)</sup>

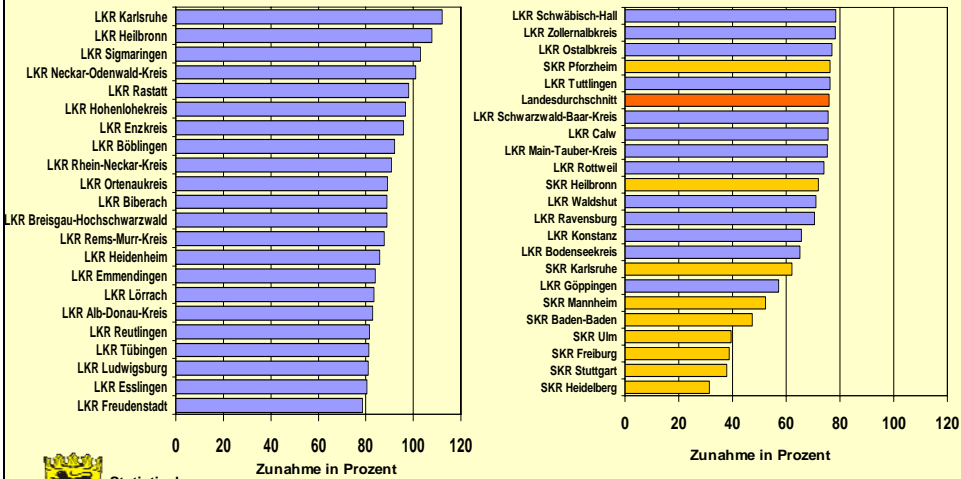


Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

<sup>\*)</sup> Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr).

Folie 9

## Entwicklung der Zahl der 85-Jährigen und Älteren in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2004 bis 2020

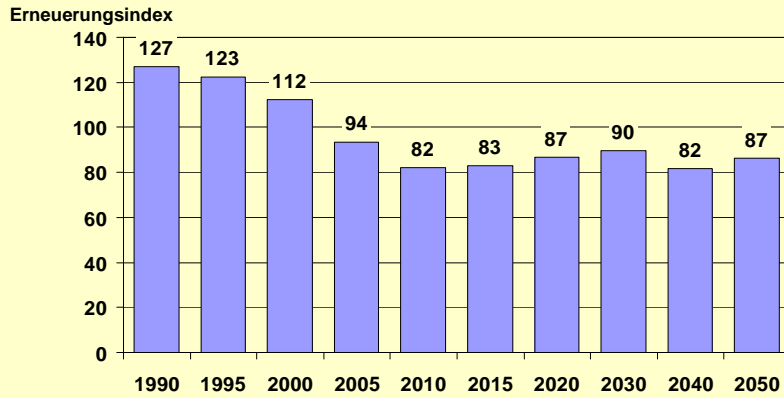


Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 10

## Zahlenmäßiges Verhältnis von jüngeren und älteren Erwerbspersonen in Baden-Württemberg seit 1990 und künftige Entwicklung bis 2050<sup>\*)</sup>

– Jüngere (20 bis unter 40 Jahre) auf 100 ältere (40 bis unter 60 Jahre) Erwerbspersonen –



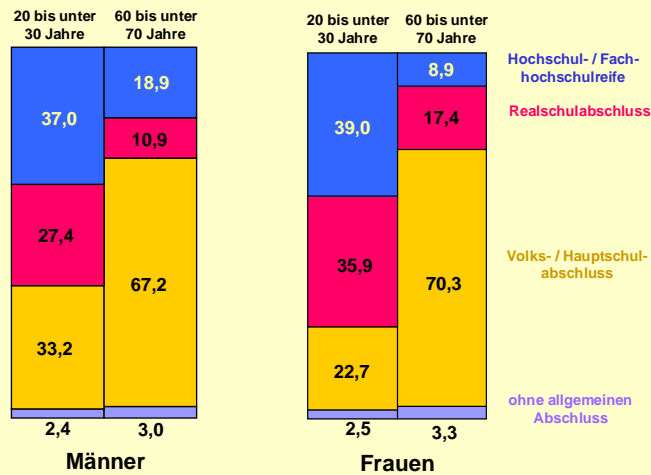
<sup>\*)</sup> Bis 2000 Ist-Werte, danach Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr).



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 11

## Bildungsvorteile der jüngeren Generation<sup>\*)</sup>



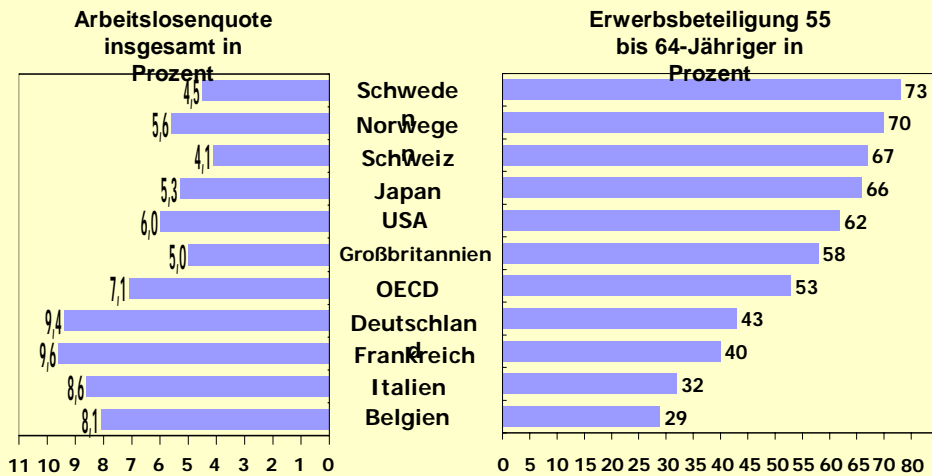
<sup>\*)</sup> Bevölkerung in ausgewählten Altersgruppen in Baden-Württemberg im März 2004 nach allgemeinem Schulabschluss.



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 12

## Arbeitslosenquote und Erwerbsbeteiligung 55 bis 64-Jähriger 2003 in ausgewählten Ländern der OECD



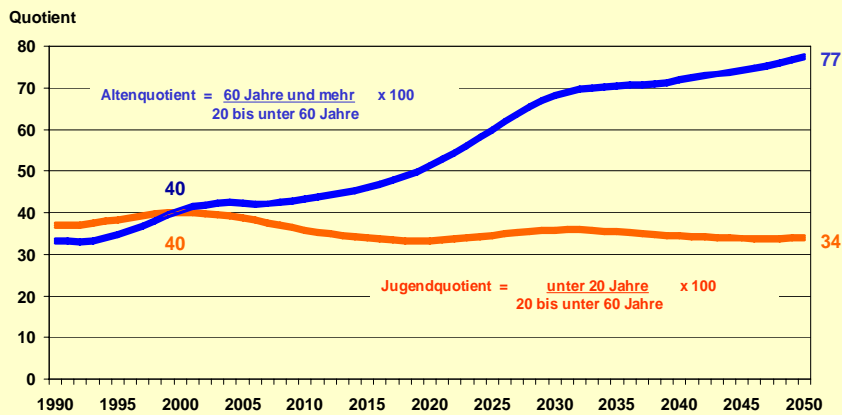
Quelle: OECD, 2004



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 13

## Zahlenmäßiges Verhältnis von nachwachsender sowie älterer Generation zur Erwerbsgeneration in Baden- Württemberg seit 1990 und künftige Entwicklung bis 2050<sup>\*)</sup>



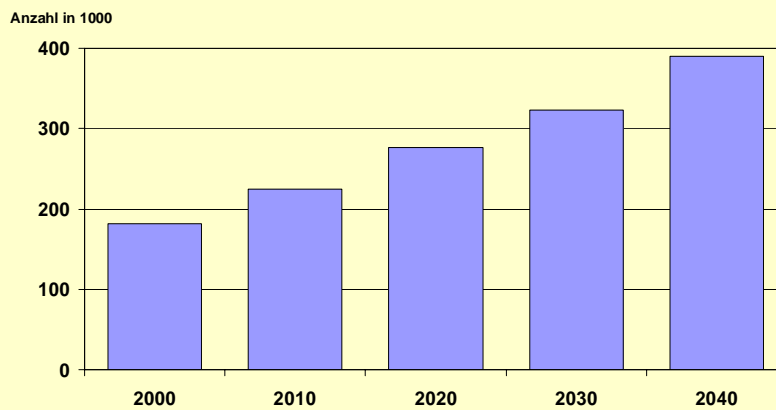
<sup>\*)</sup> Bis 2001 Ist-Werte, danach Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr).



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 14

## Mögliche Entwicklung der Zahl älterer pflegebedürftiger Menschen in Baden-Württemberg bis 2040



Modellrechnung auf Basis der Landesvorausrechnung Basis 31.12.2001 (Variante 1: Zuwanderungen mit einem Wanderungssaldo von durchschnittlich + 38 000 Personen pro Jahr) und Angaben zur altersspezifischen Prävalenz der Pflegebedürftigkeit nach Ergebnissen der Pflegestatistik.



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 15

## Unser Informationsangebot im Internet:

# [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

Folie 16